Weg durchs öffentliche Internet als auch auf dem Mail-Server des Empfängers.

Herstellern ist es möglich, ihre Produkte für die gewünschte Zertifizierung durch ein unabhängiges Testlabor untersuchen zu lassen. Für den CC-Evaluierungsprozess hat die PGP Corporation mit Corsec Security sowie dem DOMUS IT Security Laboratory zusammengearbeitet, AEGISOLVE Inc. war mit der Abwicklung der FIPS-Zertifizierung betraut.

Auch PGP® Whole Disk Encryption absolviert zurzeit den Zertifizierungsprozess nach Common Criteria. Hierzu lassen sich weitere Informationen abrufen unter:

www.pgp.com/insight/newsroom/press_releases/wde_undergoes_common_criteria_evaluation_process.html.

Helmut Reimer

Buchbesprechungen

Ludwig Gramlich

Fink, Udo; Cole, Mark D.; Keber, Tobias O.: Europäisches und Internationales Medienrecht. 2008. C. F. Müller Verlag, Heidelberg. XXIX, 312 S. ISBN 978-3-8114-4064-7
Das Vorwort formuliert überaus bescheiden, das Buch wolle eine „Einführung“ geben, da die Bezüge und Einflüsse des Völker- und des Europarechts auf das Medienrecht immer mehr zunehmen; deshalb werde in der Regel auf eine wissenschaftlich vertiefte Auseinandersetzung mit den aufgeworfenen Fragestellungen verzichtet und würden nur an einigen Stellen als solche gekennzeichnete vertiefende Ausführungen eingefügt. Für Studierende als vorrangige Adressaten sind über 50 Fälle mit Lösungen einbezogen; zudem mündet jedes Kapitel nicht nur in ein Fazit, sondern enthält am Ende auch ein Glossar wichtiger Begriffe. Leserfreundlich sind schließlich vorangestellte Literatur- und Arbeitshinweise, wobei das Telekommunikationsrecht etwas knapp wekommt, das aber auch nicht im Mittelpunkt der Darstellung steht, ferner ein solide erstelltes Stichwortverzeichnis.

Dem Titel entsprechend, ist der „europäische“ Teil dem „internationalen“ vorangestellt, was der praktischen Bedeutung entspricht; eine Art Brücke zwischen beiden bilden die Ausführungen zum Europarat, die je nach Themenbezug zugeordnet werden. Beim „Europäischen Medienrecht“ (aus der Feder von Cole) sind im Anfangs-

kapitel („Überblick zum Europarecht und zu den Medien“) die „Grundlagen“ etwas breit geraten; in der Folge finden sich aber verständlich formulierte und klar strukturierte Ausführungen zunächst zum Primär- und Sekundärrecht und schließlich – quer hierzu – zum „medienrechtlichen Wettbewerbsrecht“ der EG. Hervorzuheben ist vor allem bei Kap. 3 das Bestreben, nicht nur auf Fernsehen und audiovisuelle Mediendienste einzugehen, sondern auch Materien des Umfelds zu behandeln: elektronischer Handel, Urheberrecht, Tele- bzw. elektronische Kommunikation (insbesondere Frequenzfragen) sowie Datenschutz. Beim „Internationalen Medienrecht“ eröffnet eingangs Fink „Grundprinzipien“, nämlich das Verhältnis des internationalen zum nationalen Medienrecht am Beispiel des Internet sowie die Frage eines „free flow of information“ als Menschenrecht. Im zweiten Kapitel widmet sich derselbe Autor – der auch für „WTO und Medienrecht“ (Kap. 4) verantwortlich zeichnet – „Medienfreiheiten im Rahmen des Europarates“. Im Vordergrund stehen dabei Art. 10 bzw. 8 EMRK, aber auch speziellere Datenschutzfragen sowie die Cybercrime-Konvention werden angesprochen. In Kap. 3 befasst sich Keber mit der ITU und internationalem Fernmelderecht; berücksichtigt werden auch Satellitenfunk und Satellitenbetriebsgesellschaften. Im Mittelpunkt der welt handelsrechtlichen Ausführungen steht die diffizile Grenzziehung zwischen Waren und Dienstleistung, sowohl bei electronic commerce als auch bei der Regelungen zu Filmen; ein weiterer Abschnitt zeigt die WTO-Vorgaben für den Telekommunikationssektor auf. Die beiden letzten Kapitel stammen wieder von Keber: Zunächst erläutert er den „internationalen Schutz des geistigen Eigentums“ primär in Bezug auf Urheber- und verwandte Rechte, sodann (knapp) im Hinblick auf Marken; in Kap. 6 geht es dann um „Domainnamen im Internet“, von der Funktionsweise über die ICANN bis zu (detailliert behandelten) Aspekten der Streitbeilegung.

Die Erwartungen an eine „Einführung“ werden mehr als erfüllt. Wenn der Rezensent bei den „neuen Märkten“ die Nennung von § 9a TKG vermisst und bei der ITU gerne noch den Hinweis auf die innerstaatlichen Bezugsnormen (§§ 8, 140, 141 TKG) sehen würde, so ist dies nur als Randnotiz gemeint, ebenso wie die leise Kritik an der fehlenden Abgrenzung zwischen Universaldienst und „public service“. Auch wurde in Rn. 396 f. übersehen, dass das „Ampel“-

Modell für Subventionen seit 2000 nicht mehr existiert, weil die Kategorie der „angreifbaren“ Maßnahmen nur befristet galt. Weder im Register noch im Text ließ sich Näheres zu „Breitband“-Kommunikation finden; zumindest erwähnt wird der „digital divide“. Alles in allem aber: Ein wirklich gelungenes Buch, bei dem auch die Querverweise stimmen!

Thilo Weichert

Buchner, Benedikt: Informationelle Selbstbestimmung im Privatrecht, Mohr Siebeck Jus Privatum, Tübingen 2006, ISBN 3-16-149003-7, 343 S.

Datenschutz befindet sich in einem dauernden Umbruch. Dies ist der technischen wie auch der praktischen Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung zuzuschreiben. Dem folgend muss das Recht immer wieder neue zeitgemäße Antworten suchen auf den Bedarf des Schutzes informationeller Selbstbestimmung. Wurden bisher öffentlich-rechtliche Datenschutzkonzepte als ausreichend angesehen, um sowohl die Beeinträchtigung durch öffentliche wie durch private Datenmacht zu begrenzen, so ist dies heute nicht mehr angemessen. Benedikt Buchner ist es mit seiner Habilitationsschrift gelungen, erstmalig ein fast umfassendes zivilrechtliches Datenschutzkonzept zu entwickeln für die Datenverarbeitung durch nicht-öffentliche Stellen. Dabei nimmt er von alten Datenschutzkonzepten Abschied, in denen es sich beim Recht auf informationelle Selbstbestimmung ausschließlich um ein Abwehrrecht gegen private oder staatliche Eingriffe handelt, so wie dies ursprünglich seit den 70er Jahren angelegt war. Datenschutz wird auch als Freiheit zur Datenpreisgabe und zur Kommerzialisierung der eigenen Daten verstanden, und damit auch zur wirtschaftlichen Selbstbestimmung über das Persönlichkeitsrecht. Durch den immer wieder vorgenommenen rechtsvergleichenden Blick in die USA zeigt Buchner, dass das klassische Datenschutzverständnis eines Verbotes mit Erlaubnisvorbehalt angesichts der Informationsansprüche Dritter alles andere als selbstverständlich ist, dass es aber doch der adäquate Ausgangspunkt für die Instrumentalisierung des Zivilrechtes zur Verwirklichung informationeller Selbstbestimmung bleiben muss.

Nach einer grundsätzlichen und verfassungsrechtlichen Prüfung, die zu dem Ergebnis kommt, dass ein zivilistischer Datenschutz mit unserem Grundgesetz wie auch